



Presseschau vom 01.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Grünen-Vorsitzende Baerbock: Mehr in Bundeswehr investieren, damit Gewehre auch schießen**

Nach Ansicht der Grünen-Vorsitzenden Anna-Lena Baerbock muss die EU eine größere Rolle in der globalen Verteidigungspolitik spielen, da diese Lücke sonst von "autoritären Staaten" gefüllt werde. Dazu müsse man auch über höhere Ausgaben für die Bundeswehr nachdenken.

...

<https://kurz.rt.com/2csc>

deutsch.rt.com: **Russland auf OPCW-Tagung zur Causa Nawalny: Deutschland verhindert aktiv die Aufklärung des Falles**

Die BRD und ihre Verbündeten missbrauchen die OPCW, um politischen Druck auf die Russische Föderation auszuüben, so die russische Delegation bei der Eröffnung der 25. Sitzung der Mitgliedsstaaten. Deutschland verletze zudem die vertraglich zugesicherte Mitwirkungspflicht. ...

<https://kurz.rt.com/2ct2>

deutsch.rt.com: **NATO-Verbündete unter sich: Prügelei zwischen US-Amerikanern und Polen bei Manöver**

Am Rande des Tumak-20-Manövers in Polen kam es zu einer Prügelei zwischen US-

amerikanischen und polnischen Soldaten. Der Vorfall soll jedoch nur einer von vielen Skandalen sein, die die Übung begleiteten, schreibt die polnische Zeitung Dziennik Polityczny. ...

<https://kurz.rt.com/2ct6>

Liudmila Kotlyarova: **Russischer Impfstoff darf dran, so Kommission von der Leyens - aber „nirgendwo in EU außer Ungarn“**

Seitdem die nationale Impfstoffbeschaffung in den EU-Ländern in der Corona-Pandemie so gut wie abgeschafft wurde, schließt Brüssel Vorverträge nur mit westlichen Produzenten. Der Wunsch Ungarns, auch den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ einzusetzen, hat für Spannungen mit Brüssel gesorgt. Nun lenkt die EU ein. ...

<https://sptnkne.ws/E5Nq>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Moldaus gewählte Präsidentin: „Will Beziehungen zu Russland ausbauen, aber...“**

Die frisch gewählte Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, hat am Montag in einer Pressekonferenz ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, an guten Beziehungen zu Russland zu arbeiten. Zugleich hat sie auch kritisch über die Themen „russische Truppen in Transnistrien“ und „Gas-Schulden“ gesprochen.

„Ich werde daran arbeiten, gute Beziehungen zu Russland aufzubauen. Wir haben einen ernsthaften Plan für die Zusammenarbeit mit diesem Land. Wir wollen Exporte nach Russland aufnehmen sowie uns um die moldauischen Bürger kümmern, die dort arbeiten. Ich bin bereit, mich mit denjenigen zu treffen, die bei solchen Angelegenheiten helfen können“, so Sandu. Moskau hat Sandu laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zum Wahlsieg gratuliert. Die Verhandlungen mit ihrem Team werden ihm zufolge „auf diplomatischer Ebene“ geführt.

Zugleich sprach sich Sandu in der Pressekonferenz aber für den Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien aus. „Es gibt eine operative Gruppe russischer Streitkräfte in Transnistrien. Zu dieser Gruppe hat es nie eine Vereinbarung mit Moldau gegeben. Daher müssen die Truppen und Waffen von Moldaus Territorium abgezogen werden“, so Sandu. Außerdem soll ihrer Ansicht nach die Friedensmission in der Region durch eine zivile Mission ersetzt werden. Sie werde dieses Thema mit der russischen Führung besprechen. Der Abzug der russischen Truppen könnte laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zu Spannungen in der Region führen. Russland behalte, so Peskow, eine wichtige Funktion in Transnistrien. Außerdem habe es dazu keine Gespräche zwischen Moskau und Chisinau gegeben, so der Kremlsprecher. Moskau hofft laut Peskow weiterhin auf einen „konstruktiven Dialog“, den es bisher mit dem scheidenden Präsidenten Igor Dodon gegeben habe.

Zudem hat die gewählte Präsidentin zum Thema „Gas-Schulden“ Stellung genommen. Schulden für an Transnistrien geliefertes russisches Gas wird Moldau laut Sandu nicht übernehmen. „Am rechten Ufer haben wir fast keine Schulden gegenüber ‚Gazprom‘, weil wir all die Jahre bezahlen und bezahlt haben. Das linke Ufer hat für die Gaslieferungen jedoch nicht gezahlt, dort gibt es große Schulden. Natürlich kann man von uns nicht erwarten, dass wir die Schulden übernehmen. Das ist unfair“, so die Politikerin. „Wir werden diese Probleme mit Russland besprechen und lösen“, so Sandu weiter.

Bei den Präsidentenwahlen in Moldau am 15. November siegte die Oppositionspolitikerin Maia Sandu. Die 48-jährige Ex-Premierministerin und als pro-europäisch geltende Chefin der Oppositionspartei „Aktion und Solidarität“ (PAS) kam nach der Auszählung von allen

Wahlprotokollen bei der Stichwahl am Sonntag auf 57,75 Prozent der Stimmen. Ihr Herausforderer, der amtierende Präsident der Republik Moldau, Igor Dodon, konnte 42,25 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/1e/328458790_0:0:2828:1531_1000x0_80_0_1_56f5afd0c0097b36aaf38ed1411b8edf.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: Russischer Vize-Außenminister ruft die Nato zu Stopp gemeinsamer Atommissionen auf

Die Nato soll die Taktik der sogenannten gemeinsamen Atommissionen einstellen. Denn laut den Aussagen des russischen Vize-Außenministers Sergej Rjabkow verstößt sie direkt gegen den Atomwaffensperrvertrag.

„Vieles kann im Bereich der Reduktion von Risiken auf der Atomebene erreicht werden, falls die Nato ihre Praxis der sogenannten gemeinsamen Missionen (nuclear sharing) stoppt, die dazu führt, dass solche Waffen auf dem Territorium nichtatomarer Staaten, also der Allianzmitglieder, stationiert werden können; und diese Staaten können zur Lieferung solcher Waffen veranlasst werden“, sagte Rjabkow.

„Das führt nicht nur zur Destabilisierung, sondern verletzt direkt die Artikel 1 und 2 des Atomwaffensperrvertrags“, sagte er bei der Online-Konferenz „Fort Ross“ 2020.

Im Oktober hatte der Nato-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, erklärt, dass die Nato-Länder die Käufe von Raketenabwehrsystemen und Kampffjets neuer Generation als Antwort auf das Wachstum des Raketenkernwaffen-Potentials Russlands intensiviert hätten. Dazu äußerte er: „Die Verbündeten erwerben neue Flugabwehrraketensysteme wie Patriot (die amerikanischen) und SAMP/T (die französisch-italienischen).“

Der Atomwaffensperrvertrag, auch Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ist ein internationaler Vertrag, der das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie vorsieht.

Dieser wurde am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und trat am 5. März 1970 in Kraft. 1995 wurde er auf unbestimmte Zeit verlängert.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31041/36/310413611_0:262:4000:2426_1000x0_80_0_1_46fa2e486d8d5361b61eb832b45c71e4.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. November 2020 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Um 21:20 Uhr aus Richtung Nowotoschkowskoje in Richtung **Donezkij**: automatische Granatwerfer (29 Schüsse), Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Außerdem werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprenganlagen festgestellt:

um 16:30 Uhr im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja.

de.sputniknews.com: **Iranischer Atomphysiker mit satellitengesteuerter Waffe ermordet – Medien**

Der hochrangige iranische Atomphysiker Mohsen Fachrisadeh ist laut dem iranischen TV-Sender Al-Alam mit einer aus dem All gelenkten Waffe getötet worden.

„Die bei der Ermordung genutzte Waffe aus israelischer Produktion wurde mithilfe eines Satelliten kontrolliert“, zitiert der Sender einen nicht genannten Sprecher.

Der 63-jährige Wissenschaftler war am 27. November angegriffen worden, als er mit seinem Auto in der Nähe von Teheran unterwegs war und ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Fars wurde sein Fahrzeug aus einer Entfernung von 150 Metern mit einer ferngesteuerten Waffe aus einem Nissan-Wagen beschossen. Am Tatort gab es keine Täter.

Das offizielle Teheran bestätigte, dass keine Täter am Tatort vorzufinden waren. Man hätte aber feststellen können, wer das Attentat geplant und organisiert hatte.

Fachrisadeh war der Leiter der Forschungs- und Innovationsabteilung des iranischen Verteidigungsministeriums.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0c/01/328459408_0:193:3072:1855_1000x080_0_1_193eaa284ec4eb1c54b7131e04d1e916.jpg

de.sputniknews.com: „Sojus“-Start mit „Falcon Eye“-Satelliten von Kourou erneut verschoben

Die russische Trägerrakete „Sojus“ mit dem Satelliten „Falcon Eye“ ist in der Nacht zum Dienstag vom Raumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana wegen technischer Probleme nicht gestartet worden. Das folgt aus einer Mitteilung des europäischen Raumfahrtunternehmens Arianespace auf seiner Webseite. Am Montag wurde der Start ebenfalls verschoben.

Demnach hätte der Start am 30. November um 22.33 Uhr Ortszeit (am 1. Dezember 02.33 Uhr MEZ) stattfinden sollen.

Wie der Chef des Unternehmens Arianespace, Stéphane Israël, mitteilte, sind bei der Vorbereitung auf den Start „Probleme mit der Übermittlung der telemetrischen Daten entstanden“.

„Die Trägerrakete und der Satellit sind in Ordnung. Sie werden in den Standby-Modus versetzt. Wir werden den Versuch morgen Abend genau zu derselben Zeit wiederholen“, so Israël.

Zuvor war der Start für den 29. November anberaumt. Der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, sagte am Samstag, dass der Start auf den 30. November verlegt worden sei.

Am Montag teilte Israël, mit, dass der Start der russischen Trägerrakete „Sojus“ mit dem Satelliten „Falcon Eye“ vom Raumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana wegen ungünstiger Wetterverhältnisse auf Dienstag verschoben worden sei.

„Falcon Eye“

„Falcon Eye“ ist ein Raumapparat zur optisch-elektronischen Erdbeobachtung, der in Europa im Auftrag des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Arabischen Emirate hergestellt wurde. Der Satellit wurde vom Konsortium „Airbus Defense and Space“ und „Thales Alenia Space“ produziert. „Falcon Eye“ ist ein hocheffizientes Programm zur optischen Satellitenüberwachung der Erde mit sehr hoher Auflösung, das durch ein spezielles bodengestütztes System zur Überwachung, Aufnahme und Verarbeitung von Bildern ergänzt wird. Es wird von Betreibern der VAE überwacht und bedient.

Raumfahrtzentrum Guayana

Das Raumfahrtzentrum Guayana ist ein europäischer Raumbahnhof bei Kourou in Französisch-Guayana (Übersee-Department Frankreichs in Südamerika) und liegt sehr nahe am Äquator.

Arianespace

Arianespace wurde im Jahr 1980 als erster kommerzieller Anbieter von Trägerraketenstarts gegründet. Das Unternehmen ist für den Betrieb der von der ArianeGroup entwickelten europäischen Startsysteme Ariane und Vega sowie für Starts der russischen Sojus-Raketen zuständig.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32740/01/327400102_0:194:3072:1856_1000x0_80_0_1_35043d37b4710a7434c43ac075d91ebc.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 30. November 3:00 Uhr bis 1. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Richtung Mariupol: Schützenpanzerwagen/Schützenpanzer – einmal (6 Schüsse);
Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Kominternowo**. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 6.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.sputniknews.com: Nord Stream 2: Versorgungsschiff „Iwan Sidorenko“ auf Weg in Richtung Ostsee

Das Versorgungsschiff „Iwan Sidorenko“, das bei dem Transport von Röhren bei der Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 zum Einsatz kommen soll, hat laut Angaben von „Marine Traffic“ den Hafen in Kaliningrad verlassen und ist derzeit auf dem Weg in Richtung Ostsee.

Das Schiff soll den Ankunftsort um 14:00 Uhr (Ortszeit) erreichen. Weitere Details zu seiner Route sind nicht vorhanden.

In der Ostsee, also nahe der Kurischen Nehrung, liegen derzeit das Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ und die Versorgungsschiffe „Finval“ und „Umka“ sowie das Schiff „Baltiyskiy Issledovatel“ auf Reede.

Das Versorgungsschiff „Iwan Sidorenko“ wurde von Amur Shipbuilding Plant gebaut und im Dezember 2018 der „Gazprom-Flotte“ zum Betrieb übergeben. Es ist für die Arbeit mit schwimmenden Halbtauchbohrgeräten vorgesehen und verfügt über einen unbegrenzten Fahrbereich. Geplant ist, die „Iwan Sidorenko“ neben der „Ostap Scheremet“, einem weiteren

Schiff dieses Typs, beim Bau von Nord Stream 2 einzusetzen.

Der Bau der deutsch-russischen Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 soll im Dezember nach etwa einjähriger Unterbrechung weitergehen. Das sagte ein Unternehmenssprecher am Samstag. Zuvor hatte NDR 1 Radio MV darüber berichtet. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/11/327949915_0:18:3076:1682_1000x0_800_1_a5b11bac14fe11053f9b9e0e4ba18564.jpg

de.sputniknews.com: **Bergkarabach: Russische Soldaten sichern Latschin-Korridor ab**

Die russischen Friedenstruppen kontrollieren nach eigenen Angaben den Waffenstillstand in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen Region Bergkarabach rund um die Uhr. Der Schwerpunkt liegt auf der Bewegungssicherheit von Zivilisten durch den Latschin-Korridor, eine bergige Straße, die Armenien und Bergkarabach verbindet.

Soldaten aus dem russischen Friedenskontinent würden rund um die Uhr die Situation kontrollieren und den Waffenstillstand überwachen, teilte das russische Verteidigungsministerium am Montag mit.

„Die Friedenstruppe sorgt für die Sicherheit des zivilen Verkehrs und der Bewegung von Bewohnern durch den Latschin-Korridor.“

Insbesondere würden Lebensmittel- und Gütertransporte eskortiert und die Sicherheit der Instandsetzungsteams gewährleistet, welche die beschädigte Infrastruktur reparieren, hieß es.

„Seit dem 14. November haben russische Friedenssoldaten für die sichere Heimkehr von mehr als 26.000 Flüchtlingen gesorgt.“ ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328406452_0:310:3072:1972_1000x541_800_0_9e179f3c198da3b3d8be0fbec441e78.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 30. November um 9:00 Uhr 1782 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1557 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 144 Todesfälle.

deu.belta.by: **Fristen für Inbetriebnahme des KKW Ostrowez stehen fest**

Mit dem Erlass Nr. 447 vom 30. November 2020 sind Fristen für die Inbetriebnahme des Belarussischen Atomkraftwerks festgelegt worden. Das geht aus einer Pressemitteilung des Energieministeriums hervor.

Laut dem Erlass soll der erste Reaktorblock im Jahr 2021 und der zweite Reaktorblock in der ersten Jahreshälfte 2021 in Betrieb genommen werden.

Der nationale Betreiber des Kernkraftwerks ist RUP „Belorusskaja atomnaja elektrostanziija“ (Belarussisches Atomkraftwerk). Alle technologischen Prozesse zum Hochfahren der Anlage sind in den entsprechenden Programmdokumenten enthalten.

Der Ministerrat wurde beauftragt, die Abnahmeverfahren zu bestimmen. Darüber hinaus sollen zuständige Behörden und Stellen festgelegt werden, die befugt sind, entsprechende Lizenzen und Genehmigungen bei der Abnahme der Reaktorblöcke zu erteilen.

Nach dem Erlass sollen die Abnahmekommissionen mindestens 40 Tage vor der geplanten Inbetriebnahme jedes einzelnen Blocks gebildet werden. Diese Kommissionen werden entsprechende Abnahmeprotokolle anfertigen.

Das Belarussische Atomkraftwerk in Ostrowez (Grodno) ist eine russische Nuklearanlage mit zwei WWER-Druckwasserreaktoren und einer Gesamtkapazität von 2400 Megawatt. Der Generalauftragnehmer ist der russische Atomkonzern „Rosatom.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1606809133_54284_big.jpg

de.sputniknews.com: **Lawrow: Nur nach diesen Prinzipien sind wir bereit mit jeder US-Administration zu arbeiten**

Moskau hofft laut Außenminister Sergej Lawrow darauf, dass Washington nach Amtsantritt der neuen Administration auf die legitimen Interessen anderer internationaler Akteure Rücksicht nehmen wird.

„Präsident Wladimir Putin sagte: ‚Wir analysieren all dies ruhig im Laufe der Arbeit, wir werden jegliche Entscheidung des amerikanischen Volkes akzeptieren und mit jeglicher Administration arbeiten‘“, sagte Lawrow in einem Interview mit der staatlichen kasachischen Nachrichtenagentur „Kazinform“.

„Natürlich nur nach den Prinzipien der Ehrlichkeit, der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Aus dieser Sicht sind wir berechtigt, damit zu rechnen, dass Washington endlich die legitimen Interessen anderer internationaler Akteure, darunter Russlands und Kasachstans, und ihrer Integrationsvereinigungen zu berücksichtigen beginnt“, so Lawrow.

Zugleich betonte der Chefdiplomat, dass es verfrüht sei, die Folgen der US-Wahl für die internationalen Beziehungen zu besprechen, solange die offiziellen Ergebnisse noch nicht veröffentlicht worden seien.

„Das ist unsere prinzipielle Position. Wir beobachten natürlich aufmerksam, was auf der anderen Seite des Atlantiks vor sich geht, und sind auf jeglichen Ablauf von Ereignissen vorbereitet. Prognosen sind an und für sich, zumal in dieser Etappe, keine segensreiche Idee. Dennoch, ausgehend von den Erklärungen und Aussagen von Joe Biden, kann man vermuten, dass die US - Außenpolitik im Falle seines Sieges großteils jenen Kanons, die Barack Obama seinerzeit gefördert hat, entsprechen wird“, so Lawrow. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0e/327937061_0:104:3018:1736_1000x541_80_0_0_c0f1a8efc3590f9b87071b4508c453ad.jpg

de.sputniknews.com: **Moskau und Ankara unterzeichnen Abkommen über Kontrollzentrum in Bergkarabach**

Russland und die Türkei haben laut der jüngsten Mitteilung des türkischen Verteidigungsministeriums ein Abkommen über die Errichtung eines gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle in Bergkarabach unterzeichnet.

„Die technischen Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei über die Schaffung und den Betrieb des Zentrums zur Versöhnungskontrolle in Bergkarabach sind abgeschlossen, eine Vereinbarung ist unterzeichnet worden“, heißt es in der Mitteilung.

Derzeit liefen die Vorbereitungen für die Aufnahme seines Betriebs in der nächsten Zeit.

Vereinbarung zu Bergkarabach

Russlands Präsident Wladimir Putin, sein aserbaidjanischer Amtskollege, Ilham Alijew, und der armenische Premierminister, Nikol Paschinjan, hatten in der Nacht zum 10.

November eine Waffenstillstandsvereinbarung für Bergkarabach erzielt.

Die Vereinbarung sieht den vollständigen Waffenstillstand in Bergkarabach ab dem 10.

November vor. Aserbaidjan und Armenien bleiben dabei in den von ihnen besetzten Stellungen. Das Dokument sieht außerdem den Austausch von Kriegsgefangenen vor.

Armenien soll drei Gebiete an Baku zurückgeben. Darüber hinaus sollen entlang der Berührungslinie in Bergkarabach und des Korridors Latschin 1960 russische Friedensstifter, 90 Schützenpanzerwagen sowie 380 Militärfahrzeuge und Spezialtechnik stationiert werden.

Die Situation in Bergkarabach hatte sich am 27. September zugespitzt. Armenien und Aserbaidjan gaben sich immer wieder gegenseitig die Schuld am Ausbruch der Kämpfe.

Die Situation erschwerte sich dadurch, dass Baku aktiv von der Türkei (Nato-Mitglied) unterstützt wurde. Armenien ist seinerseits Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/06/327646539_0:58:1276:748_1000x0_80_0_1_7d1926f1a2e52bd27d6294605b7aa11c.jpg

мэднр.рус: Am 30. November wurden in der DVR 531 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon war 166 positiv, bei elf Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Anzeichen gestellt.

Am 1. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 10.829 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4664 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 5164 als gesund entlassen, es gibt 1019 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 116 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 55 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 84 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1541 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 485 mit Sauerstoffunterstützung (+15 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Karabach mit Armenien verbinden: Aserbaidschans Staatschef schlägt Bau neuen Korridors vor**

Baku schlägt laut dem aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew vor, einen neuen Korridor zwischen Bergkarabach und Armenien zu errichten und dabei die Stadt Laçın (Latschin) an Aserbaidschan zu übergeben.

„Jetzt ist allen gut bekannt, dass der Latschin-Korridor durch die Stadt Latschin verläuft. Daher befindet sich die Stadt Latschin inmitten dieses Korridors. Ich habe aber dem russischen Präsidenten während der Gespräche gesagt, dass die Stadt Latschin auch an uns übergeben werden soll. Deswegen schlagen wir vor, einen neuen Korridor zu bauen“, so Alijew in seiner Ansprache an die Bevölkerung.

„(...) Eine Route des neuen Korridors zu entwickeln, der Bergkarabach und Armenien verbindet, und diesen zu bauen. Hier sind auch die Fristen angeführt – innerhalb von drei Jahren“, fuhr er fort.

„Ich denke, dass wir das auch früher schaffen können. Nach der Festlegung der Parameter des neuen Korridors wird die Stadt Latschin an uns zurückgegeben. Dieses Thema verdient besondere Beachtung, denn wenn ich es nicht in die Erklärung aufgenommen hätte, würde der Latschin-Korridor immer noch die Stadt Latschin umfassen.“

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, äußerte nun, dass der Kreml diese Aussagen nicht kommentiert. „Ich werde dieses Thema unbeantwortet lassen.“ ...

de.sputniknews.com: **Nach Mord an Atomphysiker: Parlament in Teheran billigt Intensivierung nuklearer Aktivitäten**

Das iranische Parlament hat den Gesetzentwurf zur Intensivierung der nuklearen Aktivitäten gebilligt, wie die Nachrichtenagentur Fars am Dienstag berichtet.

Das Dokument mit dem Titel „Strategische Maßnahme zur Aufhebung von Sanktionen“ wurde demnach durch 251 von den insgesamt 290 Abgeordneten angenommen. Nachdem der bekannte iranische Atomphysiker Mohsen Fakhri-zadeh-Mahabadi am Freitag ermordet worden war, hatten die iranischen Gesetzgeber am Sonntag beschlossen, die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfes zu beschleunigen.

Details

Der Gesetzentwurf sieht vor, 120 Kilogramm Uran mit einem Anreicherungsgrad von 20 Prozent pro Jahr zu produzieren – ab diesem Wert gilt Uran als waffenfähig. Gegenwärtig reichert Teheran Uran auf mehr als vier Prozent an, während der Gemeinsame Umfassende Aktionsplan (JCPOA) die Anreicherung auf 3,67 Prozent begrenzt.

Dazu sollen Zentrifugen IR-2M und IR-6 eingesetzt werden, während das Atomabkommen den Einsatz von IR-1-Zentrifugen der ersten Generation vorsieht.

Außerdem soll ein Schwerwasserreaktor in der Nähe der Stadt Arak optimiert werden und ein weiterer Reaktor mit gleicher Leistung von 40 Megawatt gebaut werden. Der letztere soll zur Herstellung von Radionukliden für medizinische Zwecke verwendet werden.

Der Atomdeal mit Teheran hatte jedoch vorgesehen, dass der Reaktor von Arak zur Herstellung von Radionukliden umgebaut werden soll, damit er kein waffenfähiges Plutonium produziert.

Zugang von IAEO-Experten zu Atomanlagen eingeschränkt

Innerhalb von zwei Monaten nach der Genehmigung des Gesetzes soll die Regierung in Teheran den Zugang zu Nuklearanlagen aussetzen, die nicht in den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zur Sicherheitsüberwachung fallen. Sollten die Bankbeziehungen zwischen Europa und dem Iran sowie die iranischen Ölexporte nach Europa nicht normalisiert werden, so würde die iranische Regierung auch die Umsetzung des Zusätzlichen Verifizierungsprotokolls einstellen.

Um ratifiziert zu werden, soll das Gesetz noch von dem sogenannten Wächterrat gebilligt werden, der die Gesetzentwürfe auf die Einhaltung der Verfassung überprüft. Danach tritt das Gesetz in Kraft.

Mordanschlag auf iranischen Atomwissenschaftler

Der bekannte iranische Atomphysiker und Raketenexperte Mohsen Fakhri-zadeh-Mahabadi war am Freitag infolge eines Anschlags nahe der Hauptstadt Teheran ums Leben gekommen. Der 63-jährige Wissenschaftler war der Leiter der Forschungs- und Innovationsabteilung des iranischen Verteidigungsministeriums. Ihm wird auch eine zentrale Rolle in dem 2003 eingestellten Atomwaffenprogramm der Islamischen Republik nachgesagt.

Das iranische Verteidigungsministerium bezeichnete den Angriff auf Fakhri-zadeh-Mahabadi als Terrorakt. Der iranische Außenminister, Mohammed Dschawad Sarif, machte Israel mitverantwortlich für die Tat.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/01/328460014_0:83:1500:895_1000x0_80_0_1_d8c1a02d3a1b19c05e60d670788767e0.jpg

nachmittags:

deutsch.rt.com: **Moldawien: Maia Sandu will russische Friedenstruppen in Transnistrien durch OSZE-Beobachter ersetzen**

Die gewählte Präsidentin Moldawiens Maia Sandu will russische Friedenstruppen in Transnistrien durch eine zivile Beobachtermission der OSZE ersetzen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa reagierte kritisch auf die Aussage Sandus. Die gewählte Präsidentin Moldawiens Maia Sandu fordert einen Abzug der russischen Friedenstruppen aus Transnistrien. Dies erklärte sie kurz nach ihrem Wahlsieg am 20. November. Nun bekräftigte sie ihre Worte in einem Interview mit dem russischen Nachrichtenportal RBK.

„Russland behauptet, dass die operative Gruppe russischer Truppen Munitionsdepots in Moldawien bewacht. Aber es gibt keine bilateralen Abkommen über ihre Präsenz und Waffendepots. Es ist ein großes Problem für uns, dass diese Depots da sind. Das ist gefährlich. Diese Munition soll aus dem Land entfernt werden.“

Was die russischen Friedenstruppen betrifft, würde Moldawien Vertreter der OSZE gern an deren Stelle sehen, sagte Sandu. Sie sei zuversichtlich, dass jetzt keine Gefahr einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf dem Gebiet der Republik Moldau bestehe. Sandu zufolge soll diese Mission in eine zivile Beobachtermission der OSZE umgewandelt werden. Sandus Aussage erntete Kritik in Russland. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte, dass diese Worte als eine Erklärung angesehen würden, die die Bemühungen um eine friedliche Lösung des transnistrischen Problems untergrüben. Dank der russischen Präsenz in Transnistrien gebe es seit 25 Jahren keine Feindseligkeiten mehr und es herrsche Stabilität, so Sacharowa.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sagte, dass der Kreml die Fortsetzung des konstruktiven Dialogs sowie die Kontinuität der Politik in Bezug auf Transnistrien erwarte.

Der transnistrische Konflikt eskalierte im Jahr 1992 zu bewaffneten Zusammenstößen. Nach mehreren Monaten Kampfhandlungen wurden russische Friedenstruppen nach Transnistrien gebracht. Zudem gibt es im transnistrischen Dorf Kolbasna Munitionsdepots aus Zeiten der Sowjetunion, die von der operativen Gruppe russischer Truppen bewacht werden. Die gewählte Präsidentin behauptet, dort würden über 20.000 Tonnen Munition gelagert.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fc5183648fbef45d93e0bdd.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland verfügt über Prototypen von HIV-Impfstoff – Verbraucherschutzbehörde**

In Russland gibt es Prototypen des Impfstoffs gegen das Humane Immundefizienz-Virus. Das erklärte am Dienstag die Chefin der russischen Behörde für Verbraucherschutz (Rosпотребнадзор) Anna Popowa.

„Russland beteiligt sich seit einer ausreichenden Zeit an Jahren an der Entwicklung eines Impfstoffs gegen das Humane Immundefizienz-Virus“, so Popowa vor Journalisten.

„Wir haben eigene Prototypen, wir haben eigene Impfstoffe“, sagte sie.

Ferner betonte sie, dass das Forschungszentrum „Vektor“ einen Prototyp besitze und eine Reihe anderer Forschungsorganisationen weitere. Sie äußerte die Zuversicht, dass Russland Möglichkeiten für den Abschluss der Entwicklung einer HIV-Impfung nutzen werde.

Unter anderem teilte sie mit, Russland vergrößere den Haushalt zur Gewährleistung von Arzneimitteln für HIV-Infizierte. Im Jahre 2020 wurden dafür 27,2 Milliarden Rubel ausgegeben. Für 2021 sind 29,4 Milliarden Rubel geplant.

Die Präparate haben laut ihren Worten keine Tendenz zum Preiswachstum.

„Derzeit erhalten diese nach unseren Informationen jene, die für sich selbst eine antiretrovirale Therapie gewählt haben.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32487/83/324878338_0:117:2721:1590_1000x0_80_0_1_b1bc4bc3d0b3de18c7fbced9464862b8.jpg

de.sputniknews.com: **Sicherheitsorganisation OVKS: Kreml nennt Themen der**

kommenden Sitzung

Bei der für den 2. Dezember anberaumten Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) sollen das Zusammenwirken der Verbündeten und die Erhöhung der Effizienz der Organisation zur Sprache gebracht werden. Das gab der Pressedienst des Kremls am Dienstag bekannt.

„Am 2. Dezember findet unter dem Vorsitz des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, eine Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit der Organisation des Vertrags über die kollektive Sicherheit (im Modus einer Videokonferenz) statt. Behandelt werden sollen die Fragen des Zusammenwirkens im Rahmen der Organisation und eine weitere Erhöhung der Effizienz der OVKS. Geplant ist unter anderem ein Austausch von Meinungen zu aktuellen Problemen der internationalen und regionalen Sicherheit“, heißt es in der Mitteilung.

Wie es weiter heißt, sollten die bei der Sitzung zu treffenden wichtigen Entscheidungen in einer Abschlusserklärung und einer Reihe von anderen Dokumenten festgehalten werden.

OVKS

Der OVKS gehören Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland an. Einen Beobachterstatus haben Afghanistan und Serbien.

Der Rat für kollektive Sicherheit gilt als Oberstes Direktivorgan, das aus Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten besteht.

Armijadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 01.12.2020

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **einmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen **Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen. Der Fall von grober Verletzung des Waffenstillstands wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

In den letzten 24 Stunden wurde die **Stationierung von 39 Stück Waffen und Militärtechnik der BFU** in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium entdeckt.

Aus dem Bestand des 11. Abwehrraketeregiments – 4 Abwehrraketengeschütze „BUK-M1“ in der Nähe der Eisenbahnstation in Artjomowsk, Es ist wichtig anzumerken, dass die ukrainischen Besitzer zur Verheimlichung der Schweren Abwehrraketengeschütze drei von ihnen in in der Nähe liegenden privaten Höfen stationiert haben und einen im Hof der orthodoxen Kirche neben dem Bahnhof.

Aus dem Bestand der abziehenden 54. mechanisierten Brigade und der zu ihrer Ablösung eintreffenden 72. mechanisierten Brigade 12 T-64-Panzer am Bahnhof in Konstantinowka und 12 T-64-Panzer am Bahnhof in Krasnoarmejsk.

Aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade – 8 gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in Romanowka, einen Panzerschlepper und einen Schützenpanzer in der Nähe eines Wohngebiet von Nowosjelowka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade einen Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Talakowka.

Außerdem wurde festgestellt, dass um zu verhindern, dass die OSZE-Mission die verbotenen Waffen im Verantwortungsbereich der 72. mechanisierten Brigade und der 36.

Marineinfanteriebrigade entdeckt, im Gebiet von Awdejewka eine mobile Gruppe des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt wird, die die Aufgabe hat, mit einer

Station „Bukowel-AD“ die **Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren**. Außerdem haben wir die Aktivität einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Berdjanskoje bemerkt, während die OSZE-Mission in diesem Gebiet eine Drohne einsetzte.

Trotz der täglichen Erklärungen des militärisch-politischen Führung über die Verbesserungen der Dienstbedingungen in den ukrainischen Streitkräfte zwingt die finanzielle Krise im Land dazu, die Ausgaben für die ukrainische Armee zu senken.

Am 25. November hat der Direktor des Finanzabteilung des Verteidigungsministeriums der Ukraine Oberst Djatschenko die Bilanz des Rechnungsjahr gezogen und dem Verteidigungsminister Taran in einem vertraulichen Bericht vorgestellt, in dem er anmerkt, dass die Rotation der Einheiten in der OOS-Zone ein erheblicher Posten der Ausgaben des Budgets der ukrainischen Streitkräfte ist.

Auf Grundlage dieser Schlussfolgerungen schlägt Djatschenko vor, die Zahl der Rotation von Verbänden durch die Verlängerung ihres Aufenthaltszeitraums in der OOS-Zone auf 10 Monate zu verringern.

Außerdem schlug er vor, die Zahlungen an Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte für die sogenannte „erste Linie“ zu verringern, weil derzeit an der Front der Waffenstillstand eingehalten wird und es keine unmittelbare Gefahr für die, die sich in den Schützengräben aufhalten, gibt. Die Finanzfachleute schlagen vor, die Zuschläge zu streichen, mit der Möglichkeit, sie bei einer Verschärfung der Lage wieder aufzunehmen.

Nach uns vorliegenden Informationen hat Taran der **Verlängerung der Aufenthaltsdauer der Truppenteile in der OOS Zone auf zehn Monate** bereits zugestimmt, bezüglich der Zuschläge hat er das Kommando der ukrainischen Streitkräfte und der OOS beauftragt, die Lage an der Front zu analysieren und unter Berücksichtigung dessen bis zum 5. Dezember Vorschläge über den Umfang der Absenkung der Zahlungen im Jahr 2021 vorzulegen.

Die Notwendigkeit der Verringerung der Finanzierung der ukrainischen Streitkräfte zwingt die militärische Führung dazu, Material, das für die Gewährleistung der Existenz der ukrainischen Streitkräfte notwendig ist, von offensichtlich geringer Qualität zu kaufen.

So werden nach uns vorliegenden Informationen in der 35. Marineinfanteriebrigade derzeit die Brennholzvorräte aufgefüllt. Nach den Dokumenten ist das Holz, das für die Heizung der Öfen vorgesehen ist, aus der Oblast Kirowograd eingetroffen, aber nach Mitteilung der Fuhrunternehmer, die das Material geliefert haben, haben sie das Holz bei einem Unternehmen im Norden der Oblast Kiews im Gebiet von Iwankowo erhalten, wohin normalerweise das Holz aus der Sperrzone des Tschernobyler AKW geliefert wird.

Am wahrscheinlichsten ist es, dass gerade mit dem Anpflanzort der Bäume und einer möglichen radioaktiven Verstrahlung der so geringe Brennholzpreis – 96 Griwna pro Kubikmeter – zusammenhängt, was die Hälfte des Marktpreises ist.

Im Vorfeld des Jahresendes überprüft das Kommando der Sanitätskräfte der ukrainischen Streitkräfte den Zustand der medizinischen Versorgung in den Truppenteilen in der OOS-Zone wobei gleichzeitig die Buchhaltung und das Vorhandensein von Präparaten der Gruppe „A“ - Betäubungsmitteln und stark wirkende Gifte – kontrolliert wird.

Derzeit arbeitet eine Kommission in der 56. Panzergrenadierbrigade. Im Ergebnis der Kontrolle wurde ein Fehlbestand von 289 Injektionsröhrchen mit Promedolum in den individuellen Apotheken der Kämpfer entdeckt, von denen bei 228 die Nachweisdokumente fehlen, außerdem wurde im Sanitätspunkt der Brigade das Fehlen von 67 Dosen Betäubungsmittel entdeckt.

Die Ergebnisse der Revision mit dem Fällen von Fehlbeständen an stark wirkenden Präparaten wurden an Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft übergeben, die derzeit einen Verdacht gegen den Leiter des Sanitätsdienst der Brigade A. Ju. Kiwonos ausgesprochen haben. Nach Angaben der Ermittlung hat der Sanitätsleiter einen **Handel mit**

Betäubungsmitteln organisiert und diese als bei der Behandlung von Kämpfern verwendet beschrieben. Aber nach den Worten der Kämpfer, die sich in Behandlung befinden, wurden für sie nur Schmerzmittel aus Injektionsröhrchen aus ihrer persönlichen Apotheke verwendet. Die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft entscheiden derzeit die Frage, ob Kriwonos festgenommen wird.

.sputniknews.com: **Alijew schlägt „Übergabe von Marseille“ an Armenier vor**

Der aserbaidische Präsident Ilham Alijew hat Paris vorgeschlagen, die Stadt Marseille an die in Frankreich lebenden Armenier abzutreten und somit einen „zweiten Staat“ für sie zu schaffen. Alijew reagierte damit auf eine Resolution des französischen Senats, die unter anderem den Abzug der aserbaidischen Truppen aus Bergkarabach fordert.

„Länder, die Tausende Kilometer von hier (Bergkarabach – Anm. d. Red.) entfernt sind, fassen heute Beschlüsse, beraten dazu in Parlamenten. Was hat das Parlament Frankreichs mit unserer Frage zu tun? Wie lange ist Frankreich Co-Vorsitzender in der Minsker Gruppe? Hat es überhaupt irgendetwas erreicht? Einen konkreten Schritt zur Lösung dieser Frage unternommen?“, kritisierte Alijew in einer Fernsehansprache.

Aber jetzt, setzte der Präsident fort, wo die Frage geklärt sei (...) verabschiedet der Senat Frankreichs eine Resolution, damit die Unabhängigkeit von Bergkarabach anerkannt werde. „Wenn sie euch gefallen (die Armenier – Anm. d. Red.), dann – das habe ich schon während des Krieges gesagt – übergebt ihnen die Stadt Marseille, ändert den Namen, gründet dort einen neuen Staat für sie. Aber niemand darf sich in unsere Angelegenheiten einmischen“, so Alijew.

Nach Ansicht des aserbaidischen Präsidenten ist die Bezeichnung „Bergkarabach-Konflikt“ von nun an Geschichte. „Ich rate davon ab, diesen Begriff weiterhin zu verwenden. Nur in Bezug auf die Geschichte sollte man diesen Begriff natürlich gebrauchen“, erklärte der Staatschef.

Zuvor hatte der französische Senat eine Resolution zu Bergkarabach angenommen. Darin wird die Regierung dazu aufgerufen, die Unabhängigkeit von Bergkarabach anzuerkennen, sowie der Abzug der aserbaidischen Truppen aus der Region gefordert. Jean-Baptiste Lemoyne, Staatssekretär im Außenministerium, sagte jedoch in der Senatssitzung, dass eine einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit von Bergkarabach durch Frankreich niemandem nützen und den Friedensprozess nicht voranbringen werde.

Krieg in Bergkarabach beendet

Der seit dem Zerfall der Sowjetunion schwelende Konflikt um Bergkarabach war am 27. September eskaliert. Zwischen Armenien und Aserbaidschan kam es zu schweren militärischen Auseinandersetzungen. Erschwerend kam hinzu, dass Baku aktiv von der Türkei (Nato-Mitglied) unterstützt wurde. Armenien ist seinerseits Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

Russlands Präsident Wladimir Putin, sein aserbaidischer Amtskollege, Ilham Alijew, und der armenische Premierminister, Nikol Paschinjan, hatten in der Nacht zum 10. November ein Waffenstillstandsabkommen für Bergkarabach geschlossen. Die Vereinbarung sieht den vollständigen Waffenstillstand vor. Aserbaidschan und Armenien bleiben dabei in den von ihnen besetzten Stellungen. Armenien soll drei Gebiete an Baku zurückgeben. Darüber hinaus sollen entlang der Berührungslinie in Bergkarabach und des Korridors Latschin 1960 russische Friedensstifter, 90 Schützenpanzerwagen sowie 380 Militärfahrzeuge und Spezialtechnik stationiert werden.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328188095_0:0:3154:1707_1000x0_800_1_08c8b07731d2ddfb5ae5d98d56790b45.jpg

de.sputniknews.com: **Philippinen wollen russischen Impfstoff „Sputnik V“ erwerben**

Die philippinischen Behörden wollen Corona-Impfstoffe bei vier Lieferanten - darunter auch der russische Covid-19-Impfstoff „Sputnik V“ - beschaffen. Das teilte der TV-Sender „CNN Philippines“ am Dienstag unter Verweis auf den Sprecher des Präsidenten Harry Roque mit. Wie Roque unter Berufung auf den Koordinator des Impfprogramms, Carlito Galvez, mitteilte, handelt es sich hierbei neben „Sputnik V“ auch um die Impfstoffe des chinesischen Unternehmens „Sinovac“, des US-amerikanischen Arzneimittelherstellers „Pfizer“ und des britischen Pharmakonzerns „AstraZeneca“.

Wie die Exekutivdirektorin des philippinischen Impfungsfonds, Lulu Bravo, erklärte, hatten „Sinovac“ und „Sputnik V“ die Daten zur abschließenden Phase ihrer klinischen Studien derweil noch nicht bekannt gegeben.

„Es ist nicht einfach eine Entscheidung zu treffen, wenn Sie keine vollständigen wissenschaftlichen Daten gesehen haben“, sagte sie.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die philippinischen Behörden 60 Millionen Bürger gegen das Coronavirus impfen lassen wollten, um eine Herdenimmunität zu erreichen. Für diesen Zweck sollten 1,5 Milliarden US-Dollar (zirka 1,2 Milliarden Euro) ausgegeben werden. Die erste Partie von Impfstoffen planten die Philippinen, im zweiten Quartal 2021 zu erhalten. In der vorigen Wochen hatten die Philippinen unter Beteiligung von Privatunternehmen ein Abkommen mit „AstraZeneca“ geschlossen, das den Kauf von 2,6 Millionen Dosen Impfstoff vorsehen soll. ...

Mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle und Einhaltung des Waffenstillstands** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Verletzung des zweiten Punktes der Zusatzmaßnahme haben Kämpfer der 14. Brigade aus Richtung Nowotoschkowskoje eine Feuerprovokation durchgeführt und mit automatischen Granatwerfern die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Donezkij** beschossen. Insgesamt wurden 29 Granaten abgefeuert.

Verluste unter dem Personal konnten vermieden werden, Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur wurden auch nicht festgestellt.

Dieser Sachverhalt wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis geben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und weitere Provokationen zu verhindern.

Außerdem haben Kämpfer der 80. Brigade in Verletzung des ersten Punktes technische

Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen im Gebiet von Kondraschewskaja-Nowaja durchgeführt, Ergebnis war die Detonation einer unbekanntes Sprengvorrichtung, zwei einfache Soldaten, Moskalenko und Fjodorow, erlitten Verletzungen an den Beinen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung folgender Technik der ukrainischen Besatzer bemerkt:

Im Verantwortungsbereich der 14. Brigade – zwei Abwehrgeschütze SU-23 und ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Nishneje, drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Pritschepilowka.

Diese Sachverhalte werden durch einen Bericht der OSZE-Mission vom 30.11.2020 bestätigt. In Nishneje haben Kämpfer der 14. Brigade einen Verkehrsunfall verursacht, mit einem Schützenpanzer fuhren sie in ein Wohnhaus in der Ordshonikidse-Straße, der Fahrer versuchte vom Unfallort zu fliehen, wurde aber von örtlichen Einwohnern festgenommen.

Außerdem reißen Kämpfer der 92 Brigade mit Hilfe einer militärischen Baumaschine zivile Gebäude am Rand von Wrubowka ab, um Standplätze für Technik einzurichten. ...

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Deutschland genehmigt weitere Rohrverlegung bis Jahresende**

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hat bestätigt, einen Weiterbau der Gaspipeline Nord Stream 2 im deutschen Gewässer für Dezember genehmigt zu haben. Es werde ein Antrag für die Arbeiten von Januar bis April 2021 untersucht, wie die Pressestelle des Amtes am Dienstag mitteilte. Laut der Sprecherin Merle Mansfeld könnte die Verlegung der Rohrleitungen am 5. Dezember wieder aufgenommen werden. Sie merkte auch an, dass nach BSH-Angaben das Schiff „Akademik Cherskiy“ die Verlegungsarbeiten durchführen wird.

Für die Arbeiten im ersten Quartal des kommenden Jahres sei noch eine Abstimmung erforderlich.

Nord Stream 2

Das Projekt umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr von der russischen Küste durch die Ostsee bis nach Deutschland.

Die Pipeline verläuft in den Territorialgewässern von Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland und kostet rund zehn Milliarden Euro.

Die USA, die verflüssigtes Erdgas auf den europäischen Markt bringen wollen, treten gegen den Bau der Gaspipeline auf. Washington hatte im Dezember Sanktionen gegen das Nord-Stream-2-Projekt verhängt und von den Partnerunternehmen einen unverzüglichen Arbeitsstopp gefordert. Das schweizerische Unternehmen Allseas stellte daraufhin die Arbeit ein. US-Politiker erwägen derzeit eine Erweiterung der Restriktionen.

Offiziell teilte der Konzern Gazprom im August nur mit, dass er weiter zu seinen Plänen zum Weiterbau von Nord Stream 2 stehe und die dafür notwendigen Arbeiten erfülle. Das Unternehmen sei jedoch in der öffentlichen Preisgabe der Informationen beschränkt, unter anderem wegen des erheblichen Drucks, der auf das Projekt ausgeübt werde.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0f/327939401_0:0:1400:758_1000x0_80_0_1_fc9d6004092c15ffcaf80b162e35e148.jpg

deutsch.rt.com: **USA sanktionieren chinesischen Technologiekonzern wegen Geschäften mit "illegitimem Maduro-Regime"**

Washington hat Sanktionen gegen einen weiteren chinesischen Technologiekonzern verhängt. Grund für den Schritt sei der Verkauf von Software, Schulungsmaßnahmen und technischem Fachwissen nach Caracas, das "gegen das Volk von Venezuela eingesetzt wurde".

Die USA haben das chinesische Technologieunternehmen China National Electronics Import & Export Corporation (CEIEC) mit "Venezuela-bedingten Sanktionen" belegt. Das teilte das US-Finanzministerium mit, das für eine Reduzierung von Transaktionen mit dem Unternehmen sorgen will.

Das US-Finanzministerium kündigte die neuen Sanktionen am Montag an, ohne anzugeben, was die Maßnahmen gegen das chinesische Staatsunternehmen provoziert hatte. Der CEIEC-Konzern vertreibt elektronische Komponenten einschließlich Ausrüstung für das Militär und das Bauwesen. US-Finanzminister Steven Mnuchin erklärte im Zusammenhang mit den Beschränkungen:

"Die Tatsache, dass sich das illegitime Maduro-Regime auf Einrichtungen wie die CEIEC verlässt, um seine autoritäre Agenda voranzubringen, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass das Regime der Macht Vorrang vor demokratischen Werten und Prozessen einräumt."

Der Erklärung zufolge lieferte CEIEC Software, Schulungsmaßnahmen und technisches Fachwissen nach Caracas, das "gegen das Volk von Venezuela eingesetzt wurde".

US-Außenminister Mike Pompeo äußerte sich auf Twitter und kritisierte die CEIEC. Der Konzern habe "die Bemühungen des Maduro-Regimes ermöglicht, die Demokratie in Venezuela zu untergraben".

Die Regierung unter US-Präsident Donald Trump verhängte in den wahrscheinlich letzten Monaten ihrer Amtszeit eilig Sanktionen. In der vergangenen Woche belegte das US-Außenministerium vier chinesische und russische Unternehmen mit Sanktionen, weil sie angeblich das Raketenprogramm des Iran unterstützt haben sollen. Die chinesischen Unternehmen Chengdu Best New Materials und Zibo Elim Trade sowie die Nilco Group und die Joint Stock Company Elecon in Russland werden beschuldigt, "sensible Technologien und Gegenstände an das iranische Raketenprogramm weitergegeben" zu haben.

Elliot Abrams, US-Sondergesandter für Iran und Venezuela, hat Joe Biden, der sich selbst zum nächsten US-Präsidenten proklamiert hat, sowie dessen zukünftige Regierung aufgefordert, den "maximalen Druck" auf den Iran aufrechtzuerhalten.

Die US-Sanktionen können als eine Botschaft an China angesehen werden, da Peking wieder direkte Öllieferungen aus Venezuela akzeptiert, nachdem es nach der Verhängung strengerer Sanktionen durch die USA gegen die staatliche venezolanische Ölgesellschaft PDVSA den

Handel offiziell für mehr als ein Jahr pausiert hatte.

In der Zwischenzeit scheint der Regimewechsel in Venezuela für die Trump-Regierung an Bedeutung verloren zu haben, nachdem es Juan Guaidó, ihrem Protégé für die Ablösung Maduros, trotz der Unterstützung Washingtons nicht gelang, die Macht zu ergreifen. Sogar Abrams, der zuvor zum Sondergesandten für Venezuela ernannt worden war, musste mit ansehen, wie sein Zuständigkeitsbereich stärker auf den Iran ausgedehnt wurde, gegenüber dem die USA in letzter Zeit aggressiver agieren.

Dennoch forderte das US-Außenministerium kürzlich von Caracas die Auslieferung der sogenannten "Citgo'er Sechs", sechs wegen Korruptionsvorwürfen zu Gefängnisstrafen verurteilte US-Ölmanager. Außerdem nannte Maduro Washington als einen der Verantwortlichen für einen gescheiterten Söldnerüberfall Anfang dieses Jahres. Die Trump-Regierung hatte nur wenige Monate zuvor ein Kopfgeld von 15 Millionen US-Dollar auf den venezolanischen Präsidenten ausgesetzt, für Informationen, die zur Festnahme Maduros unter dem Vorwurf des "Narko-Terrorismus" verwendet werden könnten.

wpered.su: **Kommunisten aus Tores übergaben humanitäre Hilfe an Soldaten**

Vertreter der Toreser Stadtorganisation der KP der DVR übergaben Soldaten der Donezker Volksrepublik humanitäre Hilfe, die von örtlichen Kommunisten und ihren Anhängern gesammelt worden war. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Unseren Soldaten, die die Grenzen der Republik verteidigen, haben wir warme Kleidung, Lebensmittel und Medikamente von Einwohnern aus Tores und Sneshnoje gebracht. Ein tiefe Verbeugung von unseren Soldaten an alle, die die humanitäre Hilfe gesammelt haben“, sagte die Vertreterin des Stadtkomitees Irina Guz.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/12/Torez.jpg>

de.sputniknews.com: **Snowden soll demnächst russischer Staatsbürger werden**

Der US-amerikanische Whistleblower und ehemalige CIA-Mitarbeiter Edward Snowden wird laut seinem Anwalt demnächst die russische Staatsbürgerschaft beantragen.

„Wir haben über die Unterlagen gesprochen, die für die Einbürgerung erforderlich sind.

Derzeit bereitet er (Snowden– Anm. d. Red.) die Unterlagen vor, um die russische Staatsbürgerschaft zu beantragen“, so sein Anwalt Anatoli Kutscherena.

Es gibt laut Kutscherena eine umfangreiche Liste der notwendigen Dokumente. „Wir sagen Bescheid, wenn wir das gesamte Unterlagenpaket vorbereiten“, so Kutscherena weiter.

2013 hatte Snowden Dokumente zu Ausspäh-Aktivitäten des US-Abhördienstes NSA und dessen britischen Pendant GCHQ an Journalisten weitergegeben. Auf der anschließenden Flucht über Hongkong wollte er nach eigenen Angaben nach Ecuador, strandete aber am Moskauer Flughafen, nachdem die US-Regierung seinen Reisepass annulliert hatte. Nach tagelangem Aufenthalt in der internationalen Zone des Flughafens bekam Snowden Asyl in Russland – unter der Bedingung, dass er seine gegen die US-Regierung gerichtete Tätigkeit einstellen würde. Er bekam eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von drei Jahren, die seitdem mehrmals verlängert wurde.

Im August 2014 erhielt er eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis, mit der er nicht nur innerhalb Russlands, sondern auch ins Ausland reisen konnte. Im Januar 2017 wurde seine Aufenthaltserlaubnis bis 2020 verlängert. Im Oktober 2020 erhielt er eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Russland.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/01/328461727_129:415:3141:2044_1000x541_80_0_0_2e4eccd4fac8fd51f67191d2ba313cff.jpg

de.sputniknews.com: **Luftleck auf ISS im russischen Swesda-Modul: Besatzung bewahrt Ruhe**

Das Luftleck im russischen Swesda-Modul ist laut dem Kosmonauten Sergej Kud-Swertschkow, der sich seit etwa einem Monat auf der ISS befindet, für die ISS-Besatzung „kaum spürbar“ und ruft keine Besorgnis hervor.

„Ich würde diesem Leck keine große Aufmerksamkeit widmen, obwohl es viele sehr interessiert. Für uns ist das Leck kaum spürbar“, so Sergej Kud-Swertschkow in einem Video, welches auf seinem Profil im sozialen Netzwerk „Vkontakte“ veröffentlicht wurde.

Er habe im Zusammenhang mit dem Leck „gar keine“ Angstgefühle.

Ein kleines Luftleck auf der ISS wurde im September 2019 gemeldet. Nachdem der Luftverlust durch das Leck sich verfünffacht hatte, schloss die Besatzung im August-September 2020 zweimal die Luken in den ISS-Modulen, um die Dichtigkeit zu überprüfen.

Außerdem war sie mehrere Tage lang im russischen Segment der Station isoliert. Es stellte sich heraus, dass sich das Leck in der Zwischenkammer des russischen Swesda-Moduls befand. Es wurde seitdem mehrmals abgedichtet.

Laut einem Bericht der Besatzung an das Mission Control Center wird der Luftdruck im Modul auf einem „guten Niveau“ gehalten, nämlich 732 mm Hg. Zuvor sank dieser Wert innerhalb eines Tages unter 700 mm Hg.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328047860_0:160:1280:852_1000x0_80_0_1_5986fa70480f894b26b0b7f3d8798f6c.jpg

de.sputniknews.com: **Chinesische Sonde landet auf dem Mond**

Eine chinesische Sonde zum Sammeln von Gesteinsproben ist einem Medienbericht zufolge auf dem Mond gelandet.

Der Lander des nach der chinesischen Mondgöttin "Chang'e 5" benannten Raumschiffs setzte am Dienstag "erfolgreich" auf der Oberfläche auf, wie Chinas Staatssender CCTV unter Berufung auf eine Quelle in der Weltraumbehörde berichtete.

Ziel der chinesischen Mission ist es, weltweit erstmals seit 44 Jahren wieder Gesteinsproben zur Erde zurückzubringen. Zuvor war dies nur den USA und der Sowjetunion gelungen. "Chang'e 5" war am 23. November vom Raumfahrtbahnhof in Wenchang auf der südchinesischen Insel Hainan gestartet. Nachdem die Proben gesammelt sind, steht die Rückreise zur Erde an.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/01/328461790_0:0:3081:1667_1000x0_80_0_1_adc174cd7bc58702268431b3f435aa7b.jpg

de.sputniknews.com: **Abzug russischer Friedenstruppen aus Transnistrien? Lawrow kommentiert Sandus Vorhaben**

Die frisch gewählte Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, hat sich kürzlich für den Abzug der russischen Friedenstruppen aus Transnistrien ausgesprochen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat dazu Stellung genommen – und auf bestehende

Vereinbarungen zwischen Moskau und Chişinău verwiesen.

„Natürlich nehmen wir Sandus konzeptuelle Aussagen über die Priorität einer europäischen Ausrichtung bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen Moldaus zur Kenntnis – sowie auch die Absicht, mit Russland gute Beziehungen zu bewahren. Ich denke, dass gute Beziehungen mit jedem Land (...) die Berücksichtigung gegenseitiger Interessen beinhalten, die Berücksichtigung der Vereinbarungen, welche zuvor getroffen wurden“, sagte Lawrow in einer Pressekonferenz nach einer Sitzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

Die moldauische Präsidentin brachte am Montag in einer Pressekonferenz den Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien ins Gespräch. „Es gibt eine operative Gruppe russischer Streitkräfte in Transnistrien. Zu dieser Gruppe hat es nie eine Vereinbarung mit Moldau gegeben. Daher müssen die Truppen und Waffen von Moldaus Territorium abgezogen werden“, sagte Sandu.

Außerdem soll ihrer Ansicht nach die Friedensmission in der Region durch eine zivile Mission unter Beobachtung durch die OSZE ersetzt werden. Sie werde dieses Thema mit der russischen Führung besprechen, sagte die Präsidentin am Montag.

Kremlspecher Dmitri Peskow nahm bereits am Vortag Stellung zu Sandus Äußerung hinsichtlich Transnistriens. Der Abzug der russischen Truppen könnte zu Spannungen in der Region führen, so Peskow. Russland behalte eine wichtige Funktion in Transnistrien. Außerdem habe es dazu keine Gespräche zwischen Moskau und Chişinău gegeben. Moskau hofft laut Peskow weiterhin auf einen „konstruktiven Dialog“, den es bisher mit dem scheidenden Präsidenten Igor Dodon gegeben habe.

Moldau gilt als das ärmste Land Europas. Das Land steckt seit der Unabhängigkeit 1991 in einer Dauerkrise: Das Grenzland zur Ukraine östlich des Flusses Dnester hat sich als Transnistrien faktisch abgespalten. Dort hat Russland Truppen mit UN-Mandat stationiert. Auch mit dem autonomen Gebiet Gagausien kommt es bisweilen zu Spannungen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31637/81/316378116_0:120:3000:1740_1000x0_80_0_1_f6c2ebe711cb61404f651f57f611fdd6.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Auto von russischer diplomatischen Mission in Kabul auf Mine gefahren – Insassen leicht verletzt**

Ein Auto der russischen Botschaft ist am Dienstag in der afghanischen Hauptstadt Kabul auf

einen selbstgebastelten Sprengsatz gefahren. Die Insassen erlitten leichte Verletzungen. Moskau habe inzwischen von den afghanischen Behörden eine sorgfältige Ermittlung zu dem Vorfall gefordert, teilte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, mit.

Nach vorläufigen Erkenntnissen hatten die Terroristen es auf ein Auto der afghanischen Sicherheitskräfte abgesehen. Es könne aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass die russischen Botschaftsmitarbeiter das Ziel des Anschlags gewesen seien, hieß es weiter.